

Dringliches überparteiliches Postulat

### **Coronabedingte Armut vermeiden durch gute Kommunikation**

Der Gemeinderat wird aufgefordert

1. die Bieler Bevölkerung über ihre Rechte und armutsvermindernde Unterstützungsmassnahmen zielgruppengerecht und niederschwellig zu informieren.
2. soll er sicherstellen, dass der Bezug von Unterstützungsleistungen auf Grund der Pandemie, keine Schlechterstellung von Aufenthaltsbewilligungen zur Folge haben wird.

Begründung

Viele Menschen mit einem B oder C Ausweis, die pandemiebedingt ihre Einkünfte ohne Verschulden verloren haben, leben in einer grossen Unsicherheit und trauen sich nicht Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Diese Menschen befürchten, dass ihnen die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden könnte. Somit entgeht vielen Menschen ein Recht, welches ihnen zustehen würde. Sie fallen in die Armut und verschulden sich. Die Folgen davon sind auf vielen Ebenen verheerend. Diese Thematik wurde auf Bundesebene diskutiert und entschieden, dass der Sozialhilfebezug auf Grund der Pandemie keinen Grund für eine Schlechterstellung im Status zur Folge haben wird:

«Bezüglich des Aufenthaltsrechts von sich in der Schweiz aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländern möchte die SPK Nationalrat sicherstellen, dass den betroffenen Personen aus einer pandemiebedingten Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfeabhängigkeit keine Nachteile entstehen, wenn sie zum Beispiel ein Einbürgerungsgesuch stellen. Die Kommission hat mit 16 zu 9 Stimmen beschlossen, ein entsprechendes Schreiben an den Bundesrat zu richten“

Auch die Stadt Bern hat sich dazu geäussert und noch in der erstellen Welle folgende Medienmitteilung veröffentlicht:

„Aufgrund der Corona-Pandemie hat sich die wirtschaftliche Situation vieler Bernerinnen und Berner verschlechtert. Davon besonders häufig betroffen ist die ausländische Bevölkerung. Viele Migrantinnen und Migranten beziehen aus Angst vor dem Verlust ihres Aufenthaltsstatus keine Sozialhilfe. Der Berner Gemeinderat will nicht, dass der Covid-19 bedingte Sozialhilfebezug negative aufenthaltsrechtliche Konsequenzen für die Betroffenen hat. Die Stadt Bern wird ihren diesbezüglichen Handlungsspielraum zugunsten der ausländischen Bevölkerung nutzen.“

([https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell\\_ptk/pandemiebedingte-armut-gemeinderat-will-haertefaelle-vermeiden](https://www.bern.ch/mediencenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/pandemiebedingte-armut-gemeinderat-will-haertefaelle-vermeiden))

Die Stadt Biel sollte dem guten Beispiel Berns folgen und dies entsprechend kommunizieren und danach handeln, denn Menschen in die Verschuldung zu treiben aus Angst, dass sie die Aufenthaltsgenehmigung verlieren oder ein Einbürgerungsgesuch wegen vorübergehendem Sozialhilfebezug aufgrund von Corona abgelehnt würde, ist rechtsstaatlich verwerflich und höchst unmoralisch.

Biel den, 10. Februar 2021

behandelter Verlängerungsgesuche erstellt werden und es würde somit auch eine bessere Steuerung des Personalbedarfs ermöglicht. Gemäss gesetzlichen Vorgaben gelten Verlängerungsgesuche als fristgerecht behandelt, wenn bei rechtzeitiger Einreichung (bis 14 Tage vor Ablauf der Bewilligung) die ESD das Gesuch noch vor Ablauf der Bewilligung bearbeiten und bei Erfüllung der Voraussetzungen zur Verlängerung dem SEM den Druckauftrag für den Ausweis erteilen kann. Die Gesuche beschränken sich in der Regel auf ein zweiseitiges Formular der Verfallsanzeige sowie eine Passkopie, was eine rasche Behandlung mittels kostenneutraler temporärer Massnahmen ermöglicht. Ein zentrales Instrument dafür ist die Erstellung und Führung einer Übersicht über Verlängerungsgesuche einschliesslich monatlicher Statistiken. Neu sollen bei Verspätungen die betroffenen Ausländer/-innen nicht mehr eine Bestätigung «hängiges Verfahren» beantragen müssen, sondern diese von Amtes wegen erhalten. Mit der Information über die Sofortmassnahmen und Vorschläge anlässlich der Stadtratssitzung vom 08./09.09. soll sichergestellt werden, dass weitere längerfristige Massnahmen im Budget 2022 berücksichtigt werden können.

Biel, den 10. 02. 2021



Anna Tanner, SP/JUSO



Ruth Tennenbaum, Passerelle, Einfach libres!



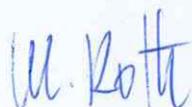
Joseline Stolz, PSR



Sandra Gurtner-Oesch, GLP



Natasha Pittet, PR



Wynne Rott, Les Vert. 2-5